

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckereien und die Anzeigenannahmestellen entgegen. - Erblich vertrieben. Fernsprech-Anschluß Nr. 22.

Anzeigenpreise: Die Werbungspreise sind im Anhang des Jahrbuchs und im Anhang des Monatshefts angegeben. - Erblich vertrieben. Fernsprech-Anschluß Nr. 22. Anzeigenpreise im Goldfennig, Restliche Teilzahl im Goldfennig, amtliche Teilzahl im Goldfennig.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 27

Freitag, den 1. Februar 1924

19. Jahrgang

Die Sachverständigen für Aufhebung der Ruhrbesetzung. Budget- und Währungsanlegung ohne die Einkünfte aus dem Ruhrgebiet unmöglich.

Der „Nbre belge“ schreibt: Wir sind in der Lage folgendes zu erklären: Die Aufrechterhaltung der Ruhrbesetzung ist zu einer brennenden Frage geworden, nicht nur wegen des Regierungswechsels in London, sondern auch wegen des Sachverständigenausschusses Dawes. Die Mitglieder dieses Ausschusses, deren Aufgabe es ist, das deutsche Budget auszugleichen und die deutsche Währung zu stabilisieren, sind dahin übereingekommen, daß ihre Arbeit unfruchtbar bleiben müßte, wenn sie nicht die Einkünfte aus dem Ruhrgebiet zuzählten; mit anderen Worten,

die Sachverständigen verlangen, daß die Einnahmen der Eisenbahnen und anderer öffentlicher Dienste im Ruhrgebiet, die die Franzosen und Belgier beschlagnahmt haben, wieder in die Kasse der deutschen Budgets übergeführt würden.

Es ist gewiß unmöglich, einem derartigen Verlangen der Sachverständigen Folge zu geben, ohne die Währungsfrage ins Auge zu fassen. Aus diesen Gründen haben die letzten Verhandlungen, die in Paris am Sonntag gepflogen worden sind, eine ganz besondere Bedeutung.

Die Sachverständigen beim Reichskanzler.

Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses für Budget und Währung wurden vom Reichskanzler im Beisein des Außenministers Dr. Stresemann, des Finanzministers Dr. Luther und des Wirtschaftsministers Camm empfangen. Unwesentlich waren auch Staatssekretär im Wiederaufbaumministerium Müller und der Vorsitzende der Kriegskassenkommission Staatssekretär Fischer. Der Reichskanzler begrüßte die Herren des Komitees mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Ich freue mich, Gelegenheit zu haben, Sie im Namen der Reichsregierung hier zu begrüßen, nachdem Sie durch den Beschluß der Reparationskommission vom 30. November damit betraut worden sind, die Wege für einen Ausgleich des deutschen Haushalts und die Maßnahmen für eine Stabilisierung der Währung zu ermitteln. Die Reichsregierung erkennt es mit Dank an, daß Sie die deutschen Verhältnisse zu prüfen und an Ort und Stelle die deutschen Bedürfnisse zu drücken. Es wird seitens der deutschen Verwaltung alles geschehen, um Sie in Ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen. Ihre Wünsche und Fragen werden mit größter Beschleunigung und mit rücksichtsloser Offenheit behandelt und beantwortet werden.

Der Vorsitzende des Komitees, General Dawes erwiderte folgendes: Herr Reichskanzler! Das Komitee beauftragt mich, seiner Verwendung darüber Ausdruck zu geben, daß ihm Gelegenheit geboten wird, Sie und Ihre Mitarbeiter in der deutschen Regierung kennen zu lernen. Als gemeinsamer Ausschuh empfinden wir die große Bedeutung einer gemeinsamen Verständigung der Alliierten über eine Lösung der vor uns liegenden Probleme und es erscheint uns höchst wünschenswert und wichtig, daß die deutsche Regierung daran teilnehme. Es ist unsere Hoffnung, daß eine solche Verständigung erreicht werden wird. Wir danken Ihnen für die Versicherung Ihrer Hilfe und Mitarbeit.

Voraussetzliche Entwicklung der Reparationsverhandlungen.

„Newport Herald“ veröffentlicht ohne Quellenangabe folgende Darstellung der voraussetzlichen Entwicklung der Verhandlungen der Alliierten in der Reparationsfrage:

1. Die Sachverständigenkommissionen würden an die Reparationskommission berichten. Diese werde, bevor sie sich über diese Berichte, Anweisungen von den Regierungen ausshole.

2. Hierdurch würde der Weg für eine Konferenz zwischen den Premierministern frei gemacht werden, die Ende März stattfinden solle und zu der die Vereinigten Staaten und Deutschland eingeladen werden sollten. Die Verhandlungen zwischen den Kanzlern über die Beilegung der kleineren Meinungsverschiedenheiten würden nach der ersten Jahlungstagung Macdonalds mit dem Parlament beginnen.

3. Gleichzeitig mit der erwähnten Konferenz oder unmittelbar nach ihr solle der Versuch gemacht werden, die Plan einer internationalen Konferenz zur Revision der interalliierten Zahlungsverpflichtungen durch Streichung, Herabsetzung oder Konsolidierung zu verwirklichen. Es werde die Hoffnung ausgesprochen, daß es Amerika möglich sei, im Interesse des europäischen Friedens hierbei mitzuwirken.

4. Sobald eine Verständigung erzielt sein werde, würde Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden unter der Bedingung, daß es seine Verpflichtungen erfülle.

Das Blatt glaubt feststellen zu können, daß man sich französischerseits für diesen letzten Gedanken zu erwärmen beginne, da man von seiner Verwirklichung eine einmütige Haltung der Alliierten und der Vereinigten Staaten gegenüber einem etwaigen Versagen Deutschlands erhofft.

Londoner Vorstellungen in Paris.

Wie Reuters erfährt, hat sich die Unterredung des britischen Botschafters in Paris, Lord Crewe, mit Poincaré hauptsächlich auf die pfälzische Frage bezogen. Man glaubt, daß der britische Botschafter wieder die in London herrschende Ansicht dargelegt habe, daß es in Wirklichkeit gar keine pfälzische Frage gebe und daß sobald die französischen Behörden erst einmal die Unterstüßung der separatistischen Bewegung ablehnen, die Frage von selbst zusammenbrechen würde. Die britische Regierung habe, wie bereits betont, durchaus die Absicht, die ganze Frage an ein internationales Schiedsgericht, wie z. B. den Haager Gerichtshof, zu überweisen. Es seien Meldungen verbreitet worden, daß die französische Regierung wünsche, daß sich die Botschafterkonferenz mit der Angelegenheit beschäftige. Doch dürfte nach Angabe von gutunterrichteten Londoner Kreisen hierauf kein übertriebener Nachdruck gelegt werden.

Laut „Chicago Tribune“ soll der englische Botschafter Poincaré eine Note zur pfälzischen Frage übergeben haben. In der die englische Regierung den französischen Vorschlag ablehne, die Frage an die Botschafterkonferenz zu überweisen, da man französischerseits ausschließlich den Grund anführe, daß die Sicherheit der französischen Truppen bedroht sei. Die Note betont, daß nicht einmal General de Metz die Sicherheit für bedroht erklärt habe.

Herr von Hoesch kehrt als Botschafter nach Paris zurück. Wie die „Post“, Jtg.“ berichtet, soll der zurückgekehrte Herr v. Hoesch Anfang nächster Woche als deutscher Botschafter nach Paris zurückkehren.

Ein Fünftel der französischen Armee im Ruhrgebiet.

Wie ungeheuer die Lasten sind, die durch die Besatzungskosten auf dem besetzten Gebiet und dem ganzen deutschen Volk ruhen, geht aus nachfolgenden, jetzt bekannt werdenden Zahlen hervor. Während vor dem Ruhrreintritt im Rheinland 96 000 Franzosen, 18 500 Belgier und 11 000 Engländer standen, befinden sich heute im besetzten Gebiet 143 000 Franzosen, 22 000 Belgier und 11 000 Engländer. Die genannten Zahlen bedeuten bei den Franzosen und Belgiern ein Fünftel der Gesamtstärke der betreffenden Armeen. Ein Fünftel in Frankreich der einfache Soldat nur 25 Centimes. Sold erhalten müssen wir in den besetzten Gebieten täglich 75 Centimes bezahlen. In diesen finanziellen Lasten kommt die überaus starke Belastung der Bevölkerung des besetzten Gebietes durch die Einquartierungen, da nicht nur für die Offiziere, sondern auch für die Familien und Begleitungsleute für die Familien der Beamten der Regie Unterkunft beschafft werden muß, was in Anbetracht des stark bevölkerten Industriegebietes, das schon immer unter Wohnungsmangel litt, ungeheure Zustände geschaffen hat. Neulich haben die Franzosen auch wieder Urträge zur Anlage von Militärübungsplätzen und Schlachtfeldern gestellt.

Die Riesenkast der Besatzungskosten.

Der „Matin“ veröffentlicht die den Finanzanschüssen zugegangenen Regierungsberichte über die Besatzungskosten für das abgelaufene Geschäftsjahr 1923. Sie schließen mit einem Gesamtbetrag von 1 250 Mill. Litonen Goldfranken ab.

Die unfähige Eisenbahnregie.

Die Regie verlangt für die nächsten Tage die Uebergabe von täglich 4000 offenen Wagen mit der Erklärung, daß bei einem Ausbleiben dieser Wagen schwere Folgen für die Wirtschaft eintreten würden.

Wie wir von unrichteter Seite hören, kann die Reichsbahn ohne empfindliche Schädigung der Interessen des unbefetzten Gebietes diese Wagen unumgänglich abgeben. Es ist nach Durchföhrung, daß immer erneut leere Wagen in das Ruhrgebiet hineinsperrt werden, während die Regie völlig außerstande ist, die tausende von beladenen Wagen, die bereits im Ruhrgebiet stehen, zu befreien.

Die Schuld an den schweren Folgen für die Wirtschaft fällt der Regie zur Last, die ihrer Aufgabe, wie sich immer mehr zeigt, in keiner Weise gewachsen ist.

Vor der Stilllegung der Stinnesbetriebe.

Ein großes holländisches Blatt teilt mit, daß Hugo Stinnes gegenüber Vertretern der interalliierten Ingenieurkommission erklärt hat, daß der Nicumbvertrag die Ruhrindustrie in der schwersten Weise belaste und daß der Stinneskongern bereits in aller nächster Zeit gezwungen sei, seine Betriebe im besetzten Gebiet stillzuliegen (sofern nicht unverzüglich eine Abänderung der Nicumbvertragsbestimmungen erfolge). Das Blatt bemerkt dazu, daß diese Angaben durchaus glaubwürdig erscheinen und daß in der letzten Zeit häufig Ausserungen namhafter Großindustrieller auf die Absicht der rheinisch-westfälischen Großindustrie schließen lassen wegen der Undurchföhrbarkeit der Nicumbverträge ihre Betriebe stillzuliegen.

Neues von der Reichsbahn.

Die Reichsbahn schränkt die Vergünstigungen ein.

Die Reichsbahn will zur Befehung ihres Defizits im Reichsverkehr außer der Erhebung der Personentaxen in der dritten und vierten Klasse auch in sehr erheblicher Weise die Vergünstigungen abbauen, die fast die Hälfte aller Reisenden bisher genossen haben. Nach einer genauen Uebersicht bisher rund 80 000 Vereine und Vereinigungen in Deutschland durch die Einwirkungen des Wohlfahrtsministeriums, des Ministeriums des Innern und des Wiederaufbauministeriums und vor allem des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Vergünstigungen erlangt, die in der Tat für die fast lautmännlich ganz auf sich selbst gestellte Reichsbahn unentzählich waren.

Der Reichsverkehrsminister hatte versucht, die der Reichsbahn in dieser Beziehung auferlegten Lasten dadurch erträglich zu machen, daß er von den einzelnen Ressorts, die Vergünstigungen für bestimmte Personenzweige geschaffen hatten, die Zahlung eines Teiles der Differenz zwischen den ermäßigten und den regulären Fahrpreisen verlangte. Diese nicht unbeträchtliche Forderung lehnten sämtliche Ministerien rundweg ab. In Zukunft werden nur verhältnismäßig kleine Kreise eine Fahrpreisvergünstigung erhalten. Als erster Schritt verläßt man Kriegsschädigte, fernerhin Siedler und Jugendliche, die zur Erholung berichtigt werden. Die Preisfahrtscheine auf der Reichsbahn werden dagegen zum allergrößten Teil fortfallen. Die Parlamentarier innerhalb des Reiches benutzen zu können. Dagegen werden die Preisfahrtscheine selbst der höheren Eisenbahnbeamten sehr stark eingeschränkt; es ist schon jetzt eine Verhäufung ergangen, nach der die Beamten der Reichsbahn sich in der Hauptsache auf die Beamten der Wagenklassen beschränken müssen.

Vor allen Dingen aber will die Reichsbahn den zahllosen Betrügereien energisch zu Leibe gehen, die in den letzten Monaten in einem Maße festgelegt worden sind, daß man heute von Betrugsystemen mit Fahrkarten, vor allen Dingen mit den Zeits- und Wochenkarten, sprechen kann. In welcher Weise die Reichsbahn geschädigt wird, beweist die Tatsache, daß in der ersten Januarwoche auf einem kleinen Berliner Vorortbahnhof allein 178 Personen festgestellt wurden, die die Wochenkarten mißbräuchlich benutzten. In dieser Richtung werden jetzt, um ähnliche Betrügereien zu verhüten, grundlegende Aenderungen durchgeführt werden.

Lohnregelung.

Wie die Blätter melden, ist der gesamte Böhntarifvertrag mit den rund 400 000 deutschen Eisenbahnarbeitern durch das Reichsverkehrsministerium gekündigt worden. Wie eine Berliner Korrespondenz hierzu erfährt, wird bei dem neuen Abkommen, über das schon in nächster Zeit Besprechungen im Reichsverkehrsministerium begninnen werden, die Frage der Arbeitszeit einheitlich geregelt werden. Es besteht die Absicht, die Lohnregelung nicht mehr wie bisher zentral für das ganze Reich vorzunehmen, sondern entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen in den einzelnen Bundesteilen.

Ein selbständiges Reichsunternehmen.

Das Reichskabinettn genehmigte in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf einer Verordnung, durch die unter der Bezeichnung Deutsche Reichsbahn ein selbständiges juristische Person darstellendes Reichsunternehmen geschaffen werden soll, durch das das deutsche Reich die in seinem Eigentum stehenden Eisenbahnen betreibt und verwaltest.

Auch der Entwurf des Postfinanzgesetzes (s. d. d. Beilage) des Kabinetts. Durch diesen Gesetzesentwurf soll die Reichspost- und Telegraphenbetriebe ein selbständiges Reichsunternehmen unter der Bezeichnung „Deutsche Reichspost“ vom Reichspostminister unter Verwaltung eines Verwaltungsrates verwaltet werden. Das